

Anna Wanner

1500 Franken. So viel zahlten Patientinnen und Patienten für ein neu zugelassenes Medikament 2024 im Durchschnitt. Der Arzneimittelreport der Krankenkasse Helsana zeigt zudem: Der Preis hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. 14 von 28 neu zugelassenen Wirkstoffen kosten mehr als 2000 Franken.

Wenn nun Novartis-CEO Vas Narasimhan gegenüber der NZZ erklärt, die Medikamentenpreise in der Schweiz seien «viel zu tief», dann klingt das anmassend bis frech. Der Vergleich mit dem Ausland zeigt: Die Preise in der Schweiz sind höher als bei den Nachbarn. 2024 gaben die Krankenkassen 9,4 Milliarden Franken für Medikamente aus. Tendenz weiter steigend.

Die hohen Löhne sind schuld

Wie kommt Narasimhan zu einer solchen Aussage?

Kurz und knapp: Obwohl die Preise in der Schweiz hoch sind, gibt das Land gemessen an der Kaufkraft und an der Wirtschaftsleistung deutlich weniger für Medikamente aus als vergleichbare Staaten wie Deutschland, Dänemark oder Belgien.

Der Industrieverband Interpharma liefert die Zahlen. Nach kaufkraftbereinigten Wechselkursen zahlt die Schweiz im europäischen Vergleich tatsächlich die tiefsten Preise. Patentgeschützte Medikamente kosten im Ausland kaufkraftbereinigt im Schnitt 20 Prozent mehr als in der Schweiz.

Auch gemessen an der Wirtschaftskraft bildet die Schweiz zusammen mit Holland das Schlusslicht: Die USA geben 1,87 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für neue Medikamente aus, in der Schweiz sind es gemäss Interpharma 0,43 Prozent. Nur Holland zahlt mit 0,15 Prozent noch weniger.

Höhere Schweizer Preise oder keinen Zugang mehr

Die hohe Kauf- und Wirtschaftskraft könnte der Schweiz nun zum Verhängnis werden.

Trumps Reform kann für uns teuer werden

Gemessen an Löhnen und Wirtschaftskraft zahlen hiesige Patienten wenig für Medikamente. Das könnte nun zu einem Problem werden.



Bild: Imago

Denn US-Präsident Donald Trump will in seinem Land die Medikamentenpreise drücken. Die Massnahmen sollen aber ausdrücklich nicht den Pharmaunternehmen schaden. Trump will, dass andere Länder mehr zahlen: Die Hersteller würden das Geld brauchen, um weiterhin in die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente zu investieren.

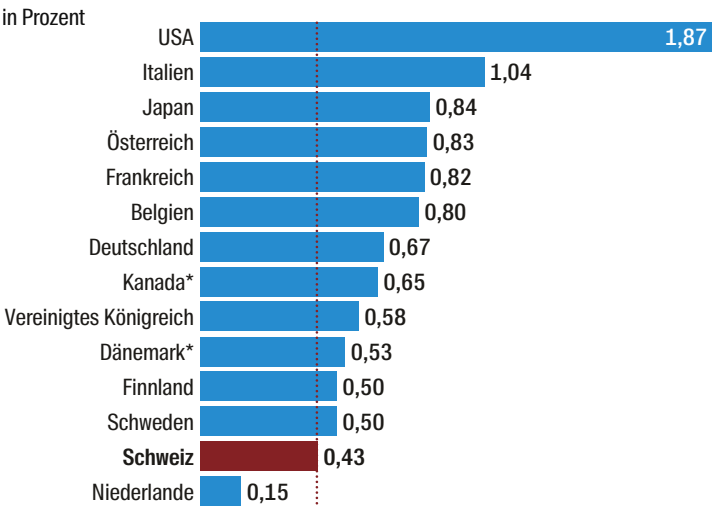
Was im Mai als vage Drohung daherkam, hat sich nun konkretisiert. Im November haben die USA die Umsetzung der «Most Favored Nation»-Bestimmung angekündigt. Das daraus abgeleitete Pilotprojekt «Generous» sieht ein komplexes Verfahren vor, bei welchem sich Hersteller bewerben können, um Medikamente zu tieferen Preisen für die staatliche Krankenkasse Medicaid anzubieten.

Als Grundlage für die neuen Preise dienen Auslandpreise. Konkret soll jeweils der zweit-

günstigste Preis von acht Referenzländern als Basis gelten. Zu den Vergleichsländern gehören neben den G7 auch die Schweiz

und Dänemark. Inwiefern die Kaufkraft oder die Wirtschaftskraft eines Landes berücksichtigt wird, ist noch nicht bekannt.

Brutto-Ausgaben für innovative Medikamente als Anteil am BIP im Jahr 2024



\*Werte für 2023/Quellen: Berechnungen Interpharma mit Datenbasis IQVIA, OECD Health Statistics (2025), PMPRB Canada Annual Report 2023, Worldbank (2025)/Grafik: let

Hinter den Kulissen ist ein politisches Gerangel im Gang, um einen der beiden Wege zu forcieren. In dieser Winteression ist es auch in der Bundespolitik angekommen. FDP-Ständerat Martin Schmid stört sich daran, dass die Schweiz bereits heute punkto Versorgung nicht mehr in der besten Liga spielt: «In Deutschland sind fast doppelt so viele neue, innovative Medikamente für Patientinnen und Patienten verfügbar wie in der Schweiz.»

Auftrag erteilt: Ausweg suchen

Schmid verlangt vom Bundesrat, die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass der Zugang zu neuen Medikamenten sichergestellt ist. Das bedeutet nicht zwingend eine Preiserhöhung, auch tiefere Hürden für die Zulassung neuer Medikamente gehören zu den Forderungen der Pharma.

Höhere Medikamentenpreise will die andere Seite verhindern. Diese zahlen die Versicherten unmittelbar über ihre Prämien. SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen hat über ihren Vorstoss dem Bundesrat das Versprechen abgerungen, die Medikamentenpreise nicht wegen der US-Zölle zu erhöhen. Ein weiterer Aufschlag sei für die Prämienzahlenden nicht mehr verkraftbar.

Effektiv zahlen Patientinnen und Patienten in der Schweiz deutlich höhere Preise für dasselbe Präparat. Doch für das Preismodell von Donald Trump ist das irrelevant, sofern er die Kaufkraft zum Massstab nimmt.

Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort, er nehme die Situation der Pharmaindustrie aufgrund potenzieller Preissenkungen und Zölle in den USA «sehr ernst». Er führe Gespräche mit den Betroffenen und thematisiere neben den Preisen auch die Rahmenbedingungen für die Industrie: Das sind Steuern, Bildung und Forschung.

Wie es nun weitergeht? Bei den Vorstössen will der Ständerat der zuständigen Gesundheitskommission zur Beratung überweisen. Diese soll dann einen Ausweg finden.